

Washington News

Nr. 4 vom 31. Januar 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Regierung wieder geöffnet**
- **Handelsgespräche zwischen USA und China**
- **Gesetzentwurf für stärkere Mitbestimmung des Kongresses bei 232-Maßnahmen**
- **Parteiübergreifende Unterstützung für Reform der Arzneimittelpreise**
- **USA beziehen 2019 wohl mehr Maschinen aus Deutschland**
- **Aufhebung bestimmter Russland-Sanktionen**
- **US-Sanktionen gegen den venezolanischen Ölsektor**
- **Liste mit notwendigen Gesetzesänderungen wegen USMCA veröffentlicht**

Diese Woche in Washington

Mehrere Mitglieder des Unterausschusses für Handel des *Ways and Means Committee* im Repräsentantenhaus haben geäußert, dass eine Abstimmung über das USMCA-Abkommen vor Juni unwahrscheinlich sei. Abgeordnete beider Parteien fordern unter anderem, die *Section 232*-Restriktionen gegen Mexiko und Kanada vor einer Verabschiedung aufzuheben. Bill Pascrell (D-NJ) betonte, man sei von einem Ergebnis diesbezüglich weit entfernt.

Interessenvertreter des verarbeitenden Gewerbes, der Landwirtschaft, des Einzelhandels und des Technologiesektors haben in einem gemeinsamen Brief an den Kongress dessen überparteiliche Bemühung begrüßt, die Autorität der Regierung bei der Verhängung von *Section 232*-Massnahmen zu beschneiden. In dem unter anderem von der *US Chamber of Commerce* mitunterzeichneten Brief heißt es, die Administration nutze *Section 232* unangemessen, was verheerende Auswirkungen auf viele Bereiche der Wirtschaft nach sich zöge. Der US-Kongress müsse daher seine ihm qua Verfassung zugesicherte Autorität im Handelsbereich geltend machen.

Das *Congressional Budget Office* (CBO) warnt davor, dass das derzeit hohe Defizit des Landes angesichts der starken Konjunktur ungewöhnlich sei. CBO-Direktor Keith Hall betonte, die Prognose für das Haushaltsdefizit über die nächsten zehn Jahre gäbe Anlass zur Sorge, insbesondere vor dem Hintergrund der gegenwärtig niedrigen Arbeitslosenzahlen und anderer positiver Wirtschaftsfaktoren. Ein wirtschaftlicher Abwärtstrend könnte das Defizit in die Höhe schießen lassen. Laut CBO wird die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben dieses Jahr 900 Milliarden US\$ erreichen, dies entspricht 4,2 Prozent des BIP. Bis 2029 soll es auf 4,7 Prozent des BIP ansteigen. (cs)

Kurzmeldungen

Aufhebung bestimmter Russland-Sanktionen

Das US-Finanzministerium hat die Sanktionen gegen drei russische Unternehmen – EN+, Rusal und JSC EuroSibEnergo (ESE) – am 27. Januar offiziell aufgehoben. Die drei Unternehmen wurden im April 2018 auf die US-Sanktionsliste gesetzt, da sie zum Konglomerat des russischen Oligarchen Oleg Deripaska gehören. Nach Aufforderung durch das US-Finanzministerium hat Deripaska seine direkten und indirekten Anteile an den entsprechenden Unternehmen reduziert und effektiv seine Kontrolle aufgegeben. Die Sanktionen gegen Deripaska selbst

Regierung wieder geöffnet

Nach 35 Tagen ist der bislang längste *Shutdown* der US-Regierung beendet. Präsident Donald Trump hat ein entsprechendes Finanzierungsgesetz unterzeichnet, das die Regierungsgeschäfte übergangsweise bis zum 15. Februar sichert. Die Zwischenfinanzierung enthält kein Budget für den Bau einer Mauer entlang der südlichen US-Grenze. Im US-Kongress sind nun beide Parteien darum bemüht, einen Kompromiss zu finden, um eine erneute Schließung der Regierung zu verhindern. Am Mittwoch tagte der für die Kompromissfindung einberufene kammerübergreifende Ausschuss das erste Mal. Die Demokraten lehnen den Mauerbau weiterhin ab, zeigen sich aber grundsätzlich offen für Mehrausgaben zur Sicherung der Grenze. Auch die Republikaner, von denen mehrere zum Ende des *Shutdowns* den Kurs des Präsidenten nicht mehr mittragen, zeigen sich kompromissbereiter.

Aus dem Weißen Haus heißt es allerdings, dass der Präsident bereit sei, einen erneuten *Shutdown* hinzunehmen, sollte die Grenze nicht ausreichend gesichert werden. Weder der Stabschef Mick Mulvaney noch die Sprecherin des Weißen Hauses Sarah Huckabee Sanders erwähnten jedoch explizit die Forderung nach dem Bau einer Mauer. Der Vorsitzende des rechtskonservativen *Freedom Caucus* im Repräsentantenhaus Mark Meadows (R-NC) spricht sich unterdessen für die Option einer *executive action* aus, also dem Ausruf des nationalen Notstands. Dies würde dem Präsidenten ohne die Zustimmung des Kongresses die Möglichkeit geben, Mittel für den Bau einer Mauer freizulegen. Um einen weiteren *Shutdown* zu verhindern, unterstützen auch einige republikanische Senatoren diesen Weg.

Das *Congressional Budget Office* hat errechnet, dass der *Shutdown* über elf Milliarden US\$ gekostet hat. Insbesondere viele private Vertragspartner der Regierung könnten nicht mehr damit rechnen, verlorene Gewinne wieder einzuholen. (cs)



Handelsgespräche zwischen USA und China

Am Mittwoch empfing der US-Handelsbeauftragte (USTR) Robert Lighthizer den chinesischen Vizepremier Liu He zu einem zweitägigen Treffen in Washington, um an der Beilegung des Handelsstreits weiter zu arbeiten. US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross und Peter Navarro, Direktor

bleiben allerdings in Kraft.

Die drei Unternehmen müssen weiterhin umfangreiche Prüfungs-, Zertifizierungs- und Berichtspflichten erfüllen. Ein Verstoß gegen die Vereinbarung könnte zur Neuauflage der Sanktionen führen. Republikaner und Demokraten in beiden Kammern des US-Kongresses kritisieren das Delisting der Unternehmen. In einem [Brief](#) an Finanzminister Steven Mnuchin fordern führende Demokraten Einsicht in alle Unterlagen bezüglich des Delistingverfahrens. (ch)

US-Sanktionen gegen den venezolanischen Ölsektor

Nachdem die Trump-Administration Nicolás Maduro nicht mehr als legitimen Präsidenten Venezuelas anerkennt, hat das US-Finanzministerium Sanktionen gegen den staatlichen Ölkonzern [Petroleos de Venezuela, S.A. \(PdVSA\)](#) verhängt. PdVSA ist eine der Haupteinnahmenquellen der Regierung. Das US-Finanzministerium erklärte, dass die Sanktionen gelockert werden könnten, wenn Schritte zur Unterstützung der demokratischen Ordnung und zur Bekämpfung der Korruption in Venezuela unternommen werden. Die USA unterstützen

des *National Trade Council*, nahmen ebenfalls an den Gesprächen teil. Am Donnerstagnachmittag empfängt auch Präsident Trump Liu He im *Oval Office*. Derweil äußerte sich der US-Präsident positiv über den Verhandlungsverlauf, verkündete aber, dass eine endgültige Einigung nicht vor einem erneuten Treffen zwischen ihm und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping erzielt werden könne. Das Weiße Haus kündigte eine Erklärung über die erzielten Fortschritte im Nachgang an die Verhandlungsrunde an.

Die US-Administration drängt China insbesondere zu Reformen beim Schutz geistigen Eigentums von in China agierenden US-Firmen. Die Zugeständnisse der chinesischen Seite beschränken sich allerdings bis jetzt auf die erhöhte Abnahme amerikanischer Agrar- und Energieprodukte. Sollten die USA und China vor dem 1. März keine Einigung finden, beabsichtigt die US-Administration die 10-prozentigen Zölle auf chinesische Waren auf 25% zu erhöhen. Unterdessen warnte der Chef der US-Notenbank Jerome Powell davor, dass eine weitere Fortführung der Verhandlungen ohne greifbare Ergebnisse die Unsicherheit bei Investoren weiter vergrößern würde.

Die eingeleiteten US-Gerichtsverfahren gegen die chinesische Telekommunikationsfirma Huawei könnten die Gespräche komplizieren. US-Finanzminister Steven Mnuchin unterstrich indes, dass die Verfahren unabhängig von den laufenden Handelsgesprächen seien. (kw)

Gesetzentwurf für stärkere Mitbestimmung des Kongresses bei 232-Maßnahmen

Die Senatoren Pat Toomey (R-PA) und Mark Warner (D-VA) planen gemeinsam mit den Abgeordneten des Repräsentantenhauses Mike Gallagher (R-WI) und Ron Kind (D-WI) in den kommenden Tagen den überparteilichen *Bicameral Congressional Trade Authority Act of 2019* einzubringen. Der Entwurf sieht vor, dem Kongress bei anstehenden *Section 232*-Maßnahmen durch die Administration eine 60-tägige Frist zur Zustimmung der geplanten Maßnahme zu geben. Sollte der Kongress innerhalb dieses Zeitfensters keine sogenannte *approval resolution* verabschieden, müsste die Administration ihre Pläne aufgeben.

Der Entwurf sieht ferner vor, dass die in den vergangenen vier Jahren eingeführten 232-Restriktionen überprüft und Erleichterungen nachträglich gewährt werden können. Untersuchungen, ob Importe die nationale Sicherheit gefährden, sollen künftig vom Verteidigungs- und nicht mehr vom Wirtschaftsministerium durchgeführt werden. Zudem sollen nur noch Güter überprüft werden, die die Bereiche militärische Ausrüstung, Energieressourcen und kritische Infrastruktur betreffen. Der Entwurf ähnelt in weiten Teilen dem *Trade Security Act* von Senator Rob Portman (R-OH), der im August vergangenen Jahres eingebracht wurde und Anfang Februar erneut eingebracht werden soll.

Unterdessen hat das *Congressional Budget Office* (CBO) eine Schätzung veröffentlicht, wonach die von der Trump-Administration im vergangenen Jahr eingeführten Handelsschranken das reale Wirtschaftswachstum der USA

den Oppositionsführer Juan Guaidó als Interimspräsidenten Venezuelas. (ch)

Liste mit notwendigen Gesetzesänderungen wegen USMCA veröffentlicht

Das Büro des US-Handelsbeauftragten (USTR) hat am Dienstag dem US-Kongress eine Liste von notwendigen gesetzlichen Änderungen vorgelegt, die mit einer Ratifizierung des USMCA einhergehen müssten. Die Liste wurde fristgerecht innerhalb von 60 Tagen nach der Unterzeichnung des Abkommens am 30. November 2018 eingereicht. Bei den genannten Änderungen handelt es sich hauptsächlich um Ursprungsregeln, die Anwendung von Präferenzzöllen sowie Verfahren bei Anti-Dumping und Ausgleichszöllen.

Die Veröffentlichung des Berichts zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des USMCA durch die *International Trade Commission* wird sich voraussichtlich wegen des *Shutdowns* um 35 Tage bis Mitte April verschieben. (kw)

bis 2029 um 0,1 Prozent reduzieren werden. Zölle seien mit einer Verkaufssteuer vergleichbar, die die Preise für importierte Güter erhöhe. Dies müsse von Konsumenten und Unternehmen getragen werden, heißt es im Bericht des CBO. (cs)

Parteiübergreifende Unterstützung für Reform der Arzneimittelpreise

Laut Daten des [Centers for Medicare and Medicaid](#) stiegen die Ausgaben für Arzneimittel in den USA auf 333,4 Milliarden US\$ im Jahr 2017. Dem entgegenzuwirken ist für Republikaner und Demokraten eine der obersten Prioritäten im neuen Kongress. Das Vorhaben genießt die Unterstützung der Trump-Administration. In einem [Meinungsbeitrag](#) kritisiert der US-Gesundheitsminister Alex Azar die jüngsten Preiserhöhungen für Medikamente und fordert die Pharmaunternehmen auf, die Preisen zu senken.

Diese Woche fanden die ersten Anhörungen im Senat und im Repräsentantenhaus zu dem Thema statt. Viele der Senatoren und Abgeordneten konzentrierten sich dabei auf Fragen zur Transparenz der Arzneimittelpreise. Ein Vorschlag würde die Pharmaunternehmen dazu verpflichten, den Listenpreis eines Arzneimittels in ihrer Werbung zu veröffentlichen. Der führende Demokrat im Finanzausschuss des Senats, Ron Wyden (D-OR), drängt auf mehr Transparenz in Bezug auf die Zwischenhändler zwischen Pharma- und Versicherungsunternehmen, die sogenannten *Pharmaceutical Benefit Managers* (PBMs). Ein weiterer Vorschlag würde es dem US-Gesundheitsministerium (HHS) ermöglichen, direkt mit Pharmaherstellern Preise zu verhandeln, was derzeit bei *Medicare*-Versicherten nicht möglich ist. (ch)

USA beziehen 2019 wohl mehr Maschinen aus Deutschland

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA sind der wichtigste Absatzmarkt für Maschinen und Anlagen aus Deutschland, und das dürfte auch 2019 so bleiben: Die *Manufacturers Alliance for Productivity and Innovation*, kurz MAPI, hat für das neue bereits laufende Jahr für die USA ein Industriewachstum von 3,9 Prozent vorausgesagt. Für die US-Wirtschaft, die 2019 um etwa 2,5 Prozent zulegen soll, bleibt die Industrie damit ein Wachstumstreiber. Davon profitieren Maschinenbauer in Deutschland, die wie die Konkurrenz aus Japan zu den wichtigsten Lieferanten von Maschinen und Anlagen in die USA gehören. Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



EVONIK
POWER TO CREATE



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Caitlin Hickey

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**[For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**

